

Rede TOP 1: Aktuelle Debatte AFD

„Führt uns das neue Gebäude-Energie-Gesetz alle in die Armut?“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Fast dreiviertel der Gebäude in Deutschland stammen aus der Zeit vor 1977, als es noch keine Vorgaben zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien gab. Somit ergibt sich ein enormer Sanierungsbedarf. Die Sanierungsquote wird auf ca. 1 Prozent geschätzt. Um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands zu erreichen sind **deutlich höhere Sanierungsquoten im Bereich von mehr als 2 Prozent notwendig und prinzipiell ist es gut und wichtig, dass es ja ein Gebäudeenergiegesetz gibt und dieses fortgeschrieben wird**, um in diesen relevanten Sektor CO₂ Einsparungen zu erreichen.

Seit zwei Wochen gibt es den Referentenentwurf der Bundesregierung und laut Bundeswirtschafts- und Bundesbauministerium liegt nun ein fertiger und von SPD; Grünen und FDP getragener Gesetzentwurf vor. Demnach bleibt es im Kern dabei, dass ab dem 1. Januar 2024 jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss. Das ist zwar aus klimapolitischer Sicht erstrebenswert und keine neue Idee, aber wir als CDU Fraktion sehen dies sehr kritisch.

Erstens: Wir brauchen gleiches Recht für alle Öko-Heizungen und müssen bei der Wärmeversorgung der Zukunft die ganze Gesellschaft

mitnehmen. Die Ampel dagegen macht bei der Technologieoffenheit Etikettenschwindel und lässt die Menschen weiter mit ihren Sorgen wegen der hohen Kosten allein. Schon alleine die Angleichung der Förderungen letzten Sommer zeigt, dass für die Bundesregierung nicht alle Energieerzeugungsarten gleich zählen.

Nachhaltige Bioenergie kann einen wichtigen Beitrag leisten, aber das sieht die Ampel anders: In neuen Häusern wird Biomasse faktisch ausgesperrt - von Holzpellets bis zu Biomethan. Nur mit einer Wärmepumpe zusammen soll Bioenergie möglich sein, das ist dirigistisch und oftmals unpraktikabel.

Und beim Wasserstoff werden so hohe Hürden aufgebaut, dass Robert Habeck wohl recht behalten wird: Wenn man es so macht, wird Wasserstoff praktisch keine Rolle spielen. So schafft die Ampel eine Zwei-Klassen-Gesellschaft der Öko-Heizungen statt der versprochenen Technologieoffenheit.

Zweitens: Obwohl das Gesetz schon Anfang nächsten Jahres greifen soll, gibt es keinerlei Antwort auf die für die Menschen zentrale Frage: Wie kann ich das umsetzen und wieviel Förderung gibt es dafür? Dazu gibt es neuen Streit zwischen Lindner und Habeck, aber immer noch kein Konzept. Bei neuen Pflichten ist sich die Ampel einig, bei konkreter Förderung gibt es nur dichten Nebel. Wir schließen uns hier der Forderung der Bundestags-CDU Fraktion an: Wir fordern die Ampel auf, jetzt umgehend Klarheit zu schaffen, sonst fährt die Wärmewende vor die Wand: Kürzungen der "Einbauprämie"

sofort zurücknehmen, 50 Prozent Unterstützung für die Investition und eine stärkere Förderung für einkommensschwache Haushalte.

Drittens: Die Bürgerinnen und Bürger sind sehr verunsichert und es gibt eine Panik noch dieses Jahr die Heizung zu wechseln. Da wir im Austausch mit unseren Handwerkern und dem SHK Verband sind, kann man offen sagen, dass man selbst wenn man in den kommenden Wochen einen Termin bei einem Heizungsbauer bekommt eine Wärmepumpe gar nicht mehr dieses Jahr eingebaut werden kann. Das liegt auch an den langen Lieferzeiten und natürlich auch am Fachkräftemangel im SHK Handwerk. Es wäre wünschenswert, wenn wir als Politiker realistische Politik machen statt zu ambitionierter Ziele.

Viertens: Mit ihren Plänen zum Gebäudeenergiegesetz trifft die Ampel die Menschen in unserem Land, aber auch die Baubranche in Mark und Bein. Die immens hohen Kosten führen ja eh schon dazu, dass sich nur wenige ein Eigenheim leisten können und dies wird durch strenge energetische Vorgaben natürlich noch verschärft. Wir wollen nicht, dass sich nur wenige ein Eigenheim leisten können und dies wird durch strenge energetische Vorgaben natürlich noch verschärft. Wir wollen nicht, dass Personen, die sich ihr Eigenheim hart erspart haben nun finanziell vor dem Ruin stehen, denn nicht jeder in der Bevölkerung hat das Geld um solche Investitionen zu stemmen. Wir stellen uns hinter die Häuslesbauer, denn wir sind das Land der Häuslesbauer. Wohneigentum war ein zentrales Aufstiegsversprechen der BRD. Das gilt für sehr viele nicht mehr.

Fünftens: Dieser Politikstil auf Bundesebene ist wirklich auch ein ziemliches Herumgeeiere. Seit Tagen wird um Änderungen im Gesetzesentwurf gerungen und der gestrige Krisengipfel der Führungsspitzen ergab keine Einigung. So geht keine vernünftige und verlässliche Politik!

Wir begrüßen den Verzicht auf ursprünglich geplante zusätzliche Betriebsverbote für Niedertemperatur- und Brennwertkessel im Bestand, längere Übergangsfristen für Gasetagenheizungen sowie bei Anschluss an ein Wärmenetz und bei perspektischer Wasserstoffnutzung und die Erweiterung der Erfüllungsoptionen.

Die verbleibenden Anforderungen werden für die Umsetzung in der Praxis herausfordernd bleiben, gerade angesichts der Kapazitätsfragen bei Wärmepumpen, Handwerkern und Netzanschlüssen.

Die Verpflichtung zum Einsatz von erneuerbaren Energien in der Wärmeversorgung muss dringend durch eine Offensive der energetischen Gebäudesanierung ergänzt werden. Wir müssen neue Förderprogramme auferlegen. Denn das Heizen mit erneuerbaren Energien in unsanierten Beständen zu hohen Kosten für die Mieter und unterminiert so die Akzeptanz.

Damit können wir als CDU Fraktion nur hoffen, dass es bis zum Sommer noch erhebliche Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes geben wird, damit das Ziel den Gebäudebestand energetisch zu

modernisieren wirklich nachhaltig im Sinne der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit erzielt werden kann.

Die Wärme-Debatte ist eine gesellschaftliche Debatte, die geführt werden muss. Es geht um Vernunft oder Blase, um soziale Gerechtigkeit, um Klimaschutz und um die Frage wer Recht hat: diejenigen, die zentralistisch die Technologie von morgen vorgeben wollen oder diejenigen, die zentralistisch die Technologie von morgen vorgeben wollen oder diejenigen, die im Sinne der Subsidiarität oder christlichen Eigenverantwortlichkeit darauf, setzen, dass der Staat lenken und steuern muss, aber nicht in alle Bereiche des Lebens eingreifen muss.

Was aber nicht bedeutet, dass wir nichts tun müssen, sondern die Verantwortung trägt nicht nur der Staat, die tragen wir alle gemeinsam. Für einen ernstzunehmenden Klimaschutz muss jeder einzelne Häuslesbauer schauen wie er sein Eigentum sanieren kann, denn wichtige Aufgaben lassen sich nicht delegieren und jeder Einzelne muss mitmachen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!